

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle aus dem Verlagsort 2 Mk., im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk., zuzüglich Abgabe für die Post. Die Postabgabe ist nach dem Tarif für Zeitungsblätter zu berechnen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Kriegspreise: Die 4 getheilte Ausgabe 20 Cent, die 2 getheilte Ausgabe 10 Cent, die 1 getheilte Ausgabe 5 Cent. Die 4 getheilte Ausgabe der amtlichen Bekanntmachungen 40 Cent, die 2 getheilte Ausgabe 20 Cent, die 1 getheilte Ausgabe 10 Cent. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weichen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstamts Tharandt, Finanzamts Pöffen.

Nr. 209. — 84. Jahrgang. — Wilsdruff-Dresden — Dienstag, 8. September 1925

Polnische „Irrtümer“.

Österreichische Blätter melden Grenzverletzungen durch Polen. Die dadurch bekannt wurde, sollen in den letzten Tagen an drei verschiedenen Stellen polnische Kavalleriepatrouillen oft mehr als einen Kilometer weit in Westpreußen eingerückt sein und stundenlange Übungen abgehalten haben. Da aber die Polen überall Wert auf eine einwandfreie Markierung der Grenze gelegt haben, so müßten gerade sie in besonderer Weise sich vor Unzulänglichkeiten hüten. Die polnischen Offiziere wußten, daß sie sich in der Nähe der Grenze befanden. Sie mußten deshalb größte Vorsicht walten lassen, um Grenzverletzungen zu verhindern. Ob irgendeine Absicht mit ihrem Vorgehen verfolgt wurde, läßt sich natürlich nicht ohne weiteres sagen. An zuständiger Stelle wird die Angelegenheit nicht besonders tragisch genommen. Jedenfalls werden die Vorfälle untersucht. Auf deutsche Vorstellungen hin wird man sich in Warschau vermutlich mit einem Versehen untergeordneter Truppenführer entschuldigen wollen. Eine Proklamation wird man öffentlich nicht zugeben wollen, ebenso wenig die Behauptung gelten lassen, die von den österreichischen Blättern ausgesprochen wird, die daraus hinweisen, daß die Grenzverletzungen an Stellen stattfanden, in deren Nähe deutscherseits die ostpreussischen Mannöver abgehalten wurden, und es sich polnische Seite vielleicht um Manöverpläne gehandelt haben dürfte. Wenn man auch schon aus Königshagen von deutscher Seite halbamtlich erklärt wird, es handele sich um einen Fall, bei dem ein polnischer Offizier mit einigen Mann irrtümlich über die Grenze geritten und umgekehrt sei, als er den Irrtum bemerkte, so sollte man sich bei den Polen doch vor solchen „Irrtümern“ möglichst hüten. Denn man ist von diesen unseren östlichen Nachbarn so manches gewöhnt, daß man ihren Irrtümern immerhin etwas zweifelnd gegenübersteht.

In Genf steht der Sicherheitspakt im Mittelpunkt des Interesses, wenngleich er nicht zu den Verhandlungsgegenständen gehört. Das Interesse ist derart, daß man direkt von dem Schatten Deutschlands spricht, der die ganzen dortigen Verhältnisse beherrscht. Das ist immerhin eine gewisse Anerkennung für uns, die beweist, daß man, soviel Nähe man sich auch geben will, Deutschland doch nicht so ohne weiteres beiseite schieben kann. Nicht so ernsthaft scheint man in Polen zu denken, das vielleicht anderer Ansicht wäre, wenn es nicht wüßte, daß es an Frankreich einen so festen Halt hat. Wie weit in diesem Falle Frankreichs Gebuld allerdings geht, bleibt abzuwarten. Mehrten sich dort doch auch schon die Stimmen, die in Polen nicht mehr das zu verhängselnde Zielbild sehen, dessen Unarten immer zu entschuldigen sind.

Von Abgesandten im Ausland wird immer geltend gemacht, daß Deutschland noch nicht genug entwaffnet ist. Deshalb fordert Frankreich über das deutsche Angebot hinaus noch weitere Garantien, die auch für Polen gelten sollen. Wie weit aber Deutschland wirklich entwaffnet und zu welcher Ohnmacht es verurteilt ist, das würde ein herausforderndes Vorgehen der polnischen Patrouillen zeigen. Wäre man wirklich der Ansicht, irgendwo in Deutschland auf ernsthaften Widerstand stoßen zu können, dann würde man es sich doch wohl überlegen, so aufzutreten. Hoffentlich werden unsere Vertreter Gelegenheit nehmen, auf diese Tatsachen genügend hinzuweisen, illustrieren sie doch aufs beste die Deutscherlei, die die Gegenseite in der Entwaffnungsfrage treibt.

Angesichts solcher Vorkommnisse erhebt sich immer wieder die Frage, wer in Europa wirklich Schutz verdient. Die deutsche Note hatte nicht mit Unrecht auf die waffenstarrende Umgebung Deutschlands hingewiesen und demgegenüber Deutschlands eigene Waffenlosigkeit unterstrichen. England hegt in seinem Innern dieselben Gedanken wie Deutschland, deutet sie auch schüchtern an, weicht aber immer wieder vor Frankreichs Forderungen zurück. Vielleicht schärft ihm die polnischen Freilichkeiten doch etwas das Gewissen, so daß es sich auf seine frühere Tradition bekennt und das Unrecht nennt, was wirklich Unrecht ist. Es ist denn doch ein zu abwegiger Gedanke, sich für den Schutz des Starren einzusetzen, während man den völlig Waffenlosen der Billür preisgibt. Das wäre auch für diesen ein schlechtes Werbemittel für den Eintritt in den Völkerbund, wenn man ihm bei jeder Gelegenheit zeigt, daß er unter den Völkern eigentlich vogelfrei ist.

Friedenskongress und Völkerbund.

Die Mißstände in Danzig, Oberschlesien, Südtirol. Zu Beginn der zweiten Arbeits Sitzung des Friedenskongresses legte der englische Publizist Robert Dell entsetzten Protest ein gegen das ungeheuerliche Unrecht, das tagtäglich im Osten und Süden Deutschlands geschieht. Er habe Danzig, den Korridor, Oberschlesien und Südtirol besucht und die dortigen Verhältnisse studiert. Er sei davon überzeugt, daß die politische und moralische Lage jener Gebiete unweigerlich zum Kriege dränge, wenn sie nicht durch einen annehmbaren Rechtszustand abgelöst wird. Pflicht des Völkerbundes sei es, diese schreienden Mißstände auszuwischen.

Die Außenminister-Konferenz Ende September.

Die Juristenkonferenz beendet.

Berlin, 5. September. Die Besprechungen der juristischen Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Englands und Belgiens über die Vorbedingungen zu einer Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt wurden beendet. Die Rückkehr des deutschen Sachverständigen Dr. Gaus nach Berlin erwartet man Mitte der Woche. Nach der Berichterstattung durch ihn wird die Reichsregierung sich über ihr weiteres Verhalten schlüssig werden. Die ausländischen Blätter wissen von einem befriedigenden Abschluß der Juristenkonferenz zu sprechen und glauben, daß die Wege für die Konferenz der Außenminister nunmehr geebnet seien. Die bevollmächtigten Delegierten der an den Vorkonferenzen interessierten Mächte werden zusammenkommen müssen, um sich um jene Verständigung über einen Westpakt zu bemühen, der weder durch einen Notenwechsel noch durch die Vorarbeit der Juristen erreicht werden konnte. Der Londoner „Daily Telegraph“ meint, daß eine vollständige Übereinstimmung zwischen den Sachverständigen nicht hätte erwartet werden können, da die Aufgabe der Juristen ein freier Meinungsäustausch war, mit dem Ziel, die strittigen Fragen zu erforschen und zu formulieren. Es könne angenommen werden, daß die deutsche Forderung, jeden Konflikt an den Völkerbund zu verweisen, ausgenommen in einem Falle offensivem Angriff, nicht allgemeine Zustimmung gefunden habe. Da in London keine Berichte ausgegeben wurden, muß man vorläufig alle bestimmten Mitteilungen in das Reich der Vermutungen verweisen und die offiziellen Kundmachungen abwarten.

Genfer Pläne.

Bei einer Besprechung, welche die in Genf anwesenden Minister der alliierten Staaten England, Frankreich und Belgien gehabt haben, sollen sie zu dem Ergebnis gekommen sein, daß demnächst eine Zusammenkunft mit dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann stattfinden müsse. Die Einladung soll aber noch so lange verschoben werden, bis die Berichte über den Ausgang der Londoner Juristenbesprechung vorliegen. Die in Deutschland verbreitete Nachricht, die Minister hätten einen Beschluß über die Räumung Kölns gefaßt, wird von unterrichteter Seite als völlig unzutreffend bezeichnet. Der Völkerbundrat verhandelte weiter über Minderheitsfragen und nahm den Bericht Geneschs über die von der Waffenhandelskonferenz ausgearbeiteten Protokolle entgegen. Das Völkerbundsamt für Österreich, das unter Vorsitz Chamberlains tagte, sprach sich einmütig für die Auf-

hebung der Finanzkontrolle über Österreich aus. Herr Chamberlain erhob Einwände. Von einem Zeitpunkt der Aushebung ist nicht die Rede gewesen. Der endgültige Beschluß wird von dem Gutachten des Finanzkommissars und der Wirtschaftssachverständigen abhängen.

Außenministerkonferenz Ende September.

Einladung an Stresemann beschlossen. Nach einer Neutermeldung aus Genf sind die alliierten Außenminister Chamberlain, Briand und Vandervelde dahin übereingekommen, eine Ministerkonferenz abzuhalten, die sich mit der Sicherheitspaktfrage beschäftigen soll. In dieser Konferenz werde auch der deutsche Außenminister Dr. Stresemann eingeladen werden. Der Text der Einladung an Stresemann wird in Zusammenarbeit mit den Juristen festgesetzt werden und wahrscheinlich schon am Dienstag nach Berlin abgehen. Die Konferenz wird wahrscheinlich schon Ende September stattfinden. Der Ort der Tagung ist noch nicht bestimmt, man spricht von Genf, Lausanne, Como und Rom. Der belgische Außenminister Vandervelde wies einem Journalisten gegenüber darauf hin, daß es der Konferenz an Beratungsgegenständen nicht fehlen werde. Man müsse die Annäherung der früheren Kriegsgegner vorbereiten und drei miteinander verbundene Hauptfragen zu lösen suchen: die Forderung der Alliierten in bezug auf Ausföhrung gewisser Bestimmungen des Friedensvertrages hinsichtlich der Entwaffnung und der Reparationen einerseits sowie andererseits die Frage der Räumung der Kölner Zone.

Die Völkerbundstagung.

Eigener Fernsprechkonferenz des „Wilsdruffer Tageblattes“. Genf, 7. September. Die Vollversammlung des Völkerbundes wird Montagvormittag 11 Uhr durch Painlevé mit einer längeren Ansprache eingeleitet werden. Dann wird zur Wahl des Präsidenten geschritten werden. In letzter Stunde ist neben der Kandidatur des japanischen Senators Dandurand die des japanischen Gesandten in Brüssel, des Baron Adani, aufgelaufen. Man nimmt an, daß die Wahl auf den Nachmittag verschoben werden wird, um den Delegierten Gelegenheit zu geben, sich auf die Person des Kandidaten zu einigen. Painlevés Rede wird mit größter Spannung entgegen gesehen, da man in ihr ein Vernehmen Frankreichs zu einer neuen Friedenspolitik erwartet. Der Montag verspricht auch dadurch besonders interessant zu werden, da die Sachverständigen aus London in Genf eintreffen werden.

und mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln auf ihre Befestigung hinzuwirken.

Darauf beschäftigte sich der Kongress mit dem Genfer Protokoll, das er mit großer Mehrheit als das befriedigendste aller bisher durch den Völkerbund angenommenen Systeme bezeichnete, um die Ziele des Völkerbunds im allgemeinen und eine allgemeine Herabsetzung der Rüstungen insbesondere zu verwirklichen. Der Kongress spricht den Wunsch aus, der Völkerbund möge unverzüglich die rechtlichen Bedingungen prüfen, welche die Anwendung der Sanktionen und deren Modalitäten veranlassen könnten. Der Kongress appelliert an alle Vereinigungen pazifistischer Tendenz, einen regen Feldzug zu eröffnen, um die öffentliche Meinung in allen Ländern zur Annahme eines obligatorischen Weltprotokolls für den gegenseitigen Bestand und die Entwaffnung zu befähigen und die demokratischen Verbesserungen der Verfassung des Völkerbundes zu sichern.

Von besonderem Interesse für Deutschland ist die Ablehnung eines deutschen Antrages, der bezweckte, die technische und moralische Entwaffnung der Völker durch Zusammenarbeit auf dem Fuß der Gleichheit zu ermöglichen.

Der französische Unterrichtsminister de Monzie wird demnächst einen Besuch abstatten, wo eine Veranstaltung zur Förderung der geistigen Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland stattfinden soll. Der französische Unterrichtsminister, dem zum größten Teile die friedliche Beilegung des Zwischenfalles auf dem Friedenskongresse zu verdanken ist, wird in Berlin eine Rede halten, in der er den Willen Frankreichs betont, mit allen Kräften für eine geistige Wiederannäherung an Deutschland einzutreten.

Eine Schlacht bei Tetuan.

Erste Lage der Spanier. Nach Madrider Meldungen hat sich im Abschnitt von Tetuan eine Schlacht entwickelt. Anreifer sind die Af-

tabylen, die mit großer Wucht gegen die spanischen Stellungen anrücken. Die spanischen Verluste werden als sehr beträchtlich angegeben, doch sollen die Rabatten zurückgeschlagen worden sein, nachdem die Spanier Verstärkungen erhalten hatten. Wie ernst aber die Lage der Spanier ist, geht daraus hervor, daß sich General Primo de Rivera, der sich in Melilla aufhielt, auf Alarmmeldungen hin Hals über Kopf nach Tetuan begeben hat, um von dort aus die Operationen der Spanier zu leiten. Nach Erklärungen des Generals Primo de Rivera verfügen die Rifabylen in der spanischen Zone über 100 Geschütze und 16 000 Gewehre.

Ein französischer Kriegsbericht.

Aber die gegenwärtige Kriegslage in Marokko berichtet Habas, daß nach in Fez eingetroffenen Nachrichten das französische und spanische Marinegeschwader und die französischen Flugzeuggeschwader Alhucemas seit drei Tagen beschießen. Keine Nachricht jedoch weist darauf hin, daß die Landung bereits begonnen habe. Französische Streitkräfte würden sich an der Landung nicht beteiligen, abgesehen von der Unterstützung durch das See- und Flugzeuggeschwader. Die Spanier führten gegenwärtig einige Einzelunternehmungen an der Front von Melilla durch. An der französischen Nordfront seien die Truppen überhaupt noch nicht in Tätigkeit getreten, so daß von dem Beginn einer französisch-spanischen Generaloffensive, deren Vorbereitung jedoch eifrig betrieben werde, nicht die Rede sein könne. Die Bombardierungsjugzeuge, die jüngst in Marokko eingetroffen sind, würden in der Gegend von Fez eingesetzt werden. Es handelt sich um Flugzeuge mit Doppelmotoren, die Bomben von 200 Kilo Gewicht mitnehmen. Jegliches militärisches Ereignis ist von der Front nicht zu melden.

Der französische Kolonialminister über Marokko.

Paris, 7. September. Der Kolonialminister hielt auf einem Bankett eine große Rede über Marokko, in der er er-